

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
Einzeln 10 Pf. — Monatlich 30 Pf. —
3 Monate 90 Pf. — 6 Monate 1.70 Pf. —
1 Jahr 3.20 Pf. —
Post ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 35 Pf. — Einzel-
bezug: 40 Pf. —
Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, Saar u. Memel-
gebiet, sowie Ostpreußen u. Litauen
30 Pf. — 30 Pf. für das übrige Ausland
35 Pf. —
Für Postbestellungen nehmen
an Belgien, Dänemark, England, Sch-
land, Finnland, Frankreich, Holland,
Schweiz, Luxemburg, Ostpreußen,
Schweden, Schweiz, Elbe-Donau-
gebiet und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Soll und Sein“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erdkunde und Reiseberichte“
erscheint wochentlich zweimal, Son-
tags und Montags einmal.
Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Komposition
kostet 10 Pf. — 10 Zeilen 80 Pf. —
„Kleinanzeigen“ das fertige
Wort 4 Pf. — 10 Zeilen zwei fertige
Wörter, jedes weitere Wort
2 Pf. — 10 Zeilen drei und vier
Wörter das erste Wort 250 Pf.,
jedes weitere Wort 2 Pf. — 10 Zeilen
über 15 Buchstaben zählen für zwei
Wörter. Familien-Anzeigen für Abon-
nanten Seite 2 — 3.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Expedition Wöruplatz 15195-97
Expedition Wöruplatz 11753-54

Mittwoch, den 10. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Wöruplatz 11753-54

Das Ergebnis des Pariser Ministerrats

Die Antwort Rußlands auf das Memorandum wird heute überreicht werden. Sie wird, wenn sich die Worte des russischen Vertreters Rakowski mit dem Inhalt der Note decken, den Weg zu weiteren Verhandlungen offen lassen, also einem Kompromiß zustimmen. Die Schwierigkeit eines Vergleiches liegt auch weiterhin in der Frage des früheren Privateigentums in Rußland. Hier hat sich Frankreich schon vor Ueberreichung der Antwort festgelegt. Im gestrigen Ministerrat wurde beschlossen, in diesem Punkte nicht nachzugeben, gegebenenfalls sogar eine hartnäckigere Haltung einzunehmen als Belgien, dessen Interessen man zu Beginn des Streites unterstützen zu müssen vorgab. Dadurch hat die Situation eine Verschärfung erfahren, für die Rußland nicht verantwortlich zu machen ist.

Das lenkt von neuem die Aufmerksamkeit auf die Beziehungen zwischen England und Frankreich, die nach dem äußerst heftigen Duell zwischen Lloyd George und Poincaré durch einen Regen von Briefen, Erklärungen und Gegenerklärungen von der Gewitterschwüle befreit sein sollen. Die französische Presse bleibt diesen Beteuerungen gegenüber kühl bis ans Herz hinan. So ist „Petit Parisien“ der Ansicht, daß Lloyd George die Entente, ohne es zu wissen, wahrscheinlich schon verurteilt habe. „Liberté“ spricht von einem miflungenen Erpressungsversuch und „Journal des Débats“ bemerkt ironisch, „für den Augenblick“ habe Lloyd George es für notwendig gehalten, Aeußerungen zu dementieren, die Frankreich nicht zum Nachgeben veranlaßt hätten.

Nach einer Meldung, die sich sowohl im „Deuore“ als auch im „Cahlogramme“ findet, hat sich der gestrige französische Ministerrat, an dem der Präsident der Republik persönlich teilnahm, nicht nur damit begnügt, die Fragen zu besprechen, die in Genua „erlaubt“ sind, sondern hat sich auch mit der Reparationsfrage befaßt. Man habe beschlossen, auf einer Finanzkontrolle in Deutschland zu bestehen und bei einer „Verfehlung“ Deutschlands am 31. Mai gegebenenfalls allein vorzugehen. Das erste mag stimmen, an der Richtigkeit des zweiten Teils des Beschlusses muß gezweifelt werden.

Während so die Lage noch keineswegs geklärt ist, vollzieht sich die Annäherung zwischen Vatikan und Sowjetrußland, dem Reich des Antichrist, wie es der russische Dichter Merelzkowski einmal genannt hat, mit einer Tatkräftigkeit, deren Willen zum praktischen Handeln auf beiden Seiten bemerkenswert ist. Das Memorandum des Papstes an die Konferenz von Genua, in dem für Rußland volle Gewissensfreiheit, Garantie der privaten und öffentlichen Ausübung der Religion und des Kultus, sowie Rückgabe und Rechtsschutz der einer Konfession gehörenden Grundstücke und Gebäude gefordert wird, ist ein weiteres Zeichen dafür.

Diese Punkte dürften auf einen Widerstand der Sowjetregierung kaum stoßen. Bei dem letzten Punkt ist es bemerkenswert, daß von den beweglichen Kirchengütern, die bekanntlich im Rechtswege der Sowjetregierung zum Besten der Hungernden veräußert werden, nicht gesprochen wird. Auch wird von der amtlichen italienischen Telegraphenagentur, die hier offenbar im Auftrage des Vatikans handelt, bereits berichtet, daß der Vatikan auf der Beibehaltung des Punktes drei nicht bestehen werde. Der Vatikan versucht also von vornherein, allen Differenzen mit der Sowjetregierung aus dem Wege zu gehen und nicht mehr durchzusetzen, als es den beiderseitigen guten Beziehungen dienlich ist, eine Politik der Klugheit und Mäßigung, die manchen Diplomaten und Parteivertretern Anlaß zum Nachdenken geben sollte.

Frankreichs Haltung.

Paris, 10. Mai. (WZB.) Die Agence Havas glaubt zu wissen, daß der Ministerrat im Laufe seiner gestrigen Sitzung die von dem Ministerpräsidenten an die französische Abordnung in Genua gegebenen Weisungen genehmigt und bestätigt hat. Unter anderen Möglichkeiten zog der Ministerrat den Fall in Erwägung, daß eine weitere vermittelnde Fassung für den Artikel VII der Denkschrift an die Sowjetabordnung vorgeschlagen werde, um die Zustimmung Frankreichs und Belgiens zu erreichen. Die Regierung beschloß, in dieser Hinsicht keine Zugeständnisse zu machen. Sie ist, wie bisher, der Ansicht, daß die Rechte der französischen Staatsangehörigen betreffend ihr Privateigentum streng gewahrt werden müssen. Sie will über diesen Gegenstand nur einen ganz deutlichen Wortlaut annehmen, wie auch Verpflichtungen, die von Seiten der Moskauer Regierung ganz ernste Garantien für die Ausführung bieten. Wenn auch die belgische Regierung, so unwahrscheinlich dies auch nach der letzten Erklärung Theunis erscheint, eine neue Formel übernehmen würde, so würde sich die französische Regierung nur anschließen, wenn sie ihr vollkommene Genugtuung in dieser Frage des Privateigentums gibt, die sie für außerordentlich wichtig hält.

Paris, 10. Mai. (E.P.) „Deuore“ weiß aus dem gestrigen Ministerrat eine Reihe interessanter Einzelheiten mitzuteilen. Danach

ist auch die Reparationsfrage zur Sprache gekommen und Poincaré hat erklärt, daß Deutschland zwar in gewisser Hinsicht guten Willen zeigte, daß es aber die geforderte Finanzkontrolle ablehne. Der Ministerrat hat, dem genannten Blatt zufolge, beschlossen, in dieser Frage nicht nachzugeben und sofort nach dem 31. Mai Sanktionen zu ergreifen, auch wenn die Alliierten Frankreich in dieser Hinsicht die Gefolgschaft verweigern würden. Das Blatt fügt in Klammern bei, daß der Rheinarmee bereits die zwei Divisionen bezeichnet wurden, die zur Besetzung der Ruhr vorgesehen seien.

Eine Erklärung Rakowskis.

Genua, 10. Mai. (WZB.) Der russische Delegierte Rakowski erklärte gestern Abend einem Journalisten, daß die Antwortsnote der russischen Delegation sich auf durchaus praktischen Bahnen bewege und eine Grundlage für weitere Diskussionen bilden werde. Allerdings müsse die russische Delegation die Forderung Barthous nach einem endgültigen Ja oder Nein ablehnen. Die Konferenz von Genua sei keine Friedenskonferenz, wo der Sieger dem Besiegten seinen Willen diktiert könne. Man sei hierher gekommen, um auf gleichem Fuße zu verhandeln, und Rußland werde von dieser Formel der Gleichberechtigung nicht abweichen.

Die russische Delegation hat heute einen vom 4. d. M. datierten Brief Tschitscherins an Schanzer veröffentlicht, worin gefragt wird, ob die französische Delegation nunmehr ihre Zustimmung zu dem Memorandum gegeben habe, und wenn nicht, welches die Regierungen seien, die das Memorandum billigten. Die Uebergabe der russischen Antwort auf das Memorandum der politischen Unterkommission wird morgen mittag erwartet.

Ein italienisch-englisches Abkommen?

Paris, 10. Mai. (WZB.) Havas berichtet aus Genua, von glaubwürdiger Seite werde versichert, daß ein allgemeines politisches und wirtschaftliches Abkommen zwischen Italien und Großbritannien in der Umarbeitung begriffen sei. Sein Hauptzweck werde sein, die Lage Italiens im Mittelmeer zu gewährleisten.

Amerika und die Schuldernationen.

Paris, 10. Mai. (WZB.) In einem längeren aus Washington datierten Artikel der „Chicago Tribune“ wird über die voraussichtliche Tätigkeit des bekannten Fundierungsausschusses für die Kriegsschulden der Alliierten an Amerika gesagt, der Ausschuss werde die Zahlungsfähigkeit jeder Nation zu bestimmen versuchen und sich bei der Regelung der Schuldfrage von dem Ergebnisse dieser Untersuchung leiten lassen. Er werde sich bemühen, den Stand der Finanzen jeder Nation, ihrer Verpflichtungen außerhalb der Vereinigten Staaten, ihrer Steuern und die Möglichkeit stärkerer Besteuerung festzustellen. Ferner werde er Erhebungen anstellen über die Verwendung ihrer derzeitigen Einnahmen, über die Möglichkeit einer Verbesserung, gegebenenfalls auch Verschlechterung der Verhältnisse in dem betreffenden Lande. Der Ausschuss erkennt noch dem Blatt soll an, daß die Schuldernationen heute nicht in der Lage sind, Kapital und Zinsen zu zahlen. Seine Absicht sei, die verschiedenartigen bestehenden Obligationen durch einheitliche Schuldverschreibungen zu ersetzen, die die Schuldernationen der Regierung der Vereinigten Staaten übergeben sollen.

England gegen den Krieg.

London, 10. Mai. (WZB.) „Daily News“ berichtet, daß in England voraussichtlich am 29. Juli große gegen den Krieg gerichtete Kundgebungen stattfinden werden, an deren Vorbereitung die Frauenwelt, ehemalige Kriegsteilnehmer, die Kirche, die Arbeiterpartei und Vertreter der Literatur regen Anteil nehmen.

Rückgang des Dollars.

Die Nachrichten aus Genua über ein Einlenken Frankreichs und über die russische Antwort riefen an der hiesigen Börse Abgabeneigung für ausländische Zahlungsmittel hervor. Der Dollar, der im Vormittagsverkehr noch mit 290 gehandelt wurde, ging an der Börse bis mittags auf 283 zurück. Auch am Effektenmarkt setzte sich die allgemeine Abschwächung fort. Hier allerdings sind die Ursachen des Rückganges anderer Art. Insbesondere drückt die große Masse junger Aktien auf den Markt, die sich in den Händen der Banken befinden, und für die sich keine Raufkäufer zurzeit bemerkbar macht. Die Banken sind anscheinend nicht in der Lage, der allgemeinen Depression Einhalt zu tun.

Die Kollektivverträge der Wiener Metallarbeiterindustrie wurden auf Befehl der Volkserwaltung der Wiener Metallindustriellen mit Wirkung vom 9. August für die Arbeiter und vom 30. Juni für die Angestellten gekündigt. Die Wiener Metallindustrie umfaßt etwa 45 Proz. der gesamten Wiener Industrie.

Ein Jahr Kabinett Wirth.

Heute vor einem Jahr wurde das Kabinett Wirth gebildet, das der Entente die Annahme des Londoner Ultimatus anzeigte und die Politik begann, die durch das Schlagwort „Erfüllungspolitik“ charakterisiert wird. Der 10. Mai 1921 war zugleich der Tag der Wiederaufnahme der Koalitionspolitik im Reiche durch die Sozialdemokratische Partei.

Die Reparationspolitik der rein bürgerlichen Regierung Fehrenbach-Simons stand damals in ihrem offenkundigen Zusammenbruch. Es war ihr nicht gelungen, eine Begrenzung der deutschen Schuld auf einen tragbaren Betrag zu erzielen, das Ergebnis ihrer gutgemeinten aber wenig geschickten Bemühungen war nur, daß die Entente fester zusammengefaßt wurde. Ohne deutsche Mitwirkung erfolgte die Festsetzung der deutschen Schuldensumme auf 132 Milliarden Goldmark, die Anerkennung dieser Schuld und der Vorschriften über die Art ihrer Abtragung wurden verlangt. Eine Garantiekommission zur Ueberwachung der Ausführung wurde eingesetzt, die Durchführung der Entwaflnung, besonders hinsichtlich der bayerischen Einwohnerwehren, und die Bestrafung der Kriegsverbrecher gefordert. Für den Fall der Nichtannahme dieser Bedingungen wurde die Besetzung des Ruhrrevieres und die Ergreifung anderer militärischer Maßnahmen zu Wasser und zu Lande angekündigt, die solange dauern sollten, bis Deutschland die gestellten Bedingungen annahm.

Das Ergebnis der rein bürgerlichen Regierungspolitik war also, daß sich Deutschland abermals einer geschlossenen Uebermacht gegenüberfand, die bereit war, zu den härtesten Maßnahmen zu schreiten, um Deutschland ihrem Willen zu beugen.

Unter diesen Umständen entschloß sich die Sozialdemokratische Partei zum Eintritt in eine Regierung, die bereit war, durch Annahme des Ultimatus den Schlag, der dem deutschen Volke drohte, abzuwehren und im Vertrauen auf die Logik der Tatsachen den Forderungen der Gegner zunächst nach bestem Willen Genüge zu tun.

Heute weiß wohl jedermann in Deutschland, obwohl nicht jedermann ehrlich genug ist, es offen zuzugeben, daß eine andere Politik ein Verbrechen am deutschen Volk gewesen wäre. Ein deutsches Nein am 10. Mai vorigen Jahres hätte die Entente noch einmal für unbestimmte Zeit zusammengeschiebet und damit den Triumph der schärfsten Gegner Deutschlands bedeutet. Durch das deutsche Ja aber wurde eine Entwicklung eingeleitet, die den starr geschlossenen Bund der Gegner auflösen und, wenn auch unter Schwierigkeiten und Rückschlägen, zur schließlichen Revision der deutschen Verpflichtungen führen mußte. Wir befinden uns jetzt im Zuge dieser Entwicklung und haben ein Jahr hinter uns, das neben Hartem und Schmerzlichem doch auch manche günstigen Vorzeichen gebracht hat. Ohne den mutigen Entschluß der Sozialdemokratie und der Regierung Wirth wäre es nur ein Jahr der furchtbarsten Erfahrungen geworden, denn wenn die Entente von der Drohung zur Tat überging, dann blieb doch kein anderes Ende, als ein dem deutschen Volke unter schweren Folterungen abgepreßtes Ja.

Das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei am 10. Mai vorigen Jahres fand, abgesehen von der äußersten Rechten, fast allgemeine Zustimmung. Auch die Unabgängigen begriffen, daß ihr unter den gegebenen Umständen gar nichts anderes übriggeblieben war, als die Wiederaufnahme der vordem so geschmähten Koalitionspolitik. Die Unabgängigen haben denn auch die neue Koalitionsregierung, ohne ihr direkt beizutreten, unterstützt und sie gegen alle Versuche der Rechten, sie zu stürzen, verteidigt. So konnte die Regierung Wirth die oberhalb der Krise überstehen sowie auch die Krise, die ihr aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks entstanden war. Auch bei dieser gefährlichen Krise wollte wenigstens ein Teil der Unabgängigen die Verantwortung für einen taktischen Erfolg der Rechten nicht übernehmen, sondern entzog sich einem Fraktionsbeschlusse, der den Sturz der Regierung herbeiführen konnte, durch Verlassen des Saales.

Eine ideale Politik, die auf schnellstem Wege nichts als Vorteile bringt, gibt es nur in der Vorstellung politischer Kinder. Zumal unter den gegebenen bedrängten Verhältnissen bedeutet es schon viel, wenn es gelingt, schwerste Schädigungen von den arbeitenden Massen des deutschen Volkes abzuhalten. Die Koalitionspolitik ist kein Ideal und keine ewige Regel, aber sie ist jetzt, wie die Dinge nun einmal liegen, aus äußeren und inneren Gründen die einzige mögliche Politik. Das haben im Laufe des letzten Jahres die breiten Arbeitermassen, bis in die Reihen der Unabgängigen hinein, immer klarer erkannt.

Die auswärtige Politik, die am 10. Mai vorigen Jahres begonnen wurde, ist richtig und muß unter Anpassung an veränderte Umstände konsequent bis zum Ziel eines möglichen, den allgemeinen Weltwirtschaftsinteressen und damit auch den deutschen Interessen entsprechenden Ausgleichs fortgeführt werden. Erreichbar ist es nur, wenn man sich auf das Warten und auf das Verhandeln versteht und alle Seitensprünge vermeidet.

Im Innern ist die Koalitionspolitik nicht ohne Schwierigkeiten und Gefahren. Diese können aber erheblich abgemildert werden, wenn die Unabhängigen, statt diese Politik von außen her zu kritisieren, den Einfluss der Arbeitervertretung in der Koalition verstärken helfen. Tun sie das nicht, so werden sie schuldig an dem, was sie tadeln.

Die Regierung Birth hat sich, wie die „Germania“ mit Genugtuung feststellt, länger als jede andere Regierung der Republik am Ruder gehalten. Auch heute sprechen keine Anzeichen für einen nahe bevorstehenden Wandel.

Schwindelhafter Segen.

Von der Beseitigung der Zwangswirtschaft haben die bürgerlichen Parteien der Bevölkerung alles Gute versprochen. Der „Segen des freien Handels“ sollte nicht nur die Teuerung, sondern auch die Knappheit der Lebensmittel und schließlich auch das Schieber- und Wucher-tum auf dem Lebensmittelmarkt beseitigen. Zweifellos ist ein großer Teil der Wähler, namentlich die politisch unerfahrene Hausfrau, auf diese Versprechungen hereingefallen. Wenn die Statistiken der Reichstags- und Landtagswahlen, wo eine Nachprüfung möglich war, einen viel stärkeren Prozentsatz bürgerlich wählender Frauen als Männer zeigen, so spielt unter den zum Bürgertum übergegangenen weiblichen Wählern sicherlich die Hausfrau die erste Rolle, die sich durch ihren Stimmzettel die „Segnungen des freien Handels“ verschaffen wollte.

Jetzt haben wir die Segnungen. Was ist eingetroffen? In den Hauptausschüssen der Parlamente wird allgemein über die notwendige Sicherung der Volksernährung gesprochen, die, wie selbst die Rechtsparteien zugestehen müssen, durch den freien Handel keineswegs gewährleistet, sondern im Gegenteil gefährdet ist.

Ein typisches Beispiel ist die Lage auf dem Zuckermarkt. Vor einem Jahre kostete der Zucker im Kleinhandel das 16fache des Friedenspreises. Das war natürlich viel zu teuer und der freie Handel mußte den Zucker verbilligen, mit dem Erfolg, daß im März d. J. der Zucker das 32fache, im Mai das 45fache des Friedenspreises kostete. Nur daß selbst zu diesem Preise kein Zucker zu haben ist! Wer wirklich Zucker haben will, muß das 80fache des Friedenspreises, vielleicht sogar das 100fache zahlen. Man hört nämlich allenthalben, daß der Zucker „demnächst“ 22 Mark das Pfund kosten soll, was genau das 100fache des Friedenspreises ist, während doch selbst die Entwertung der Mark, die angeblich an dessen Zuständen schuld sein soll, nur im Verhältnis 1:75 eingetreten ist und die allgemeine Verteuerung sich im Durchschnitt auf dem 40fachen des Friedenspreises hält.

Ist bei dieser enormen Verteuerung wenigstens eine allgemeine Käuflichkeit der Ware eingetreten? Als Antwort braucht man nur die langen Polonäsen zu betrachten, die sich allenthalben dort bilden, wo Zucker verkauft wird. Das „Anstehen“ sollte aber doch durch den freien Handel ganz überflüssig gemacht werden. An die Stelle der planmäßigen Zuckerverteilung durch den Staat ist die Zuckerverteilung durch das Kartell der Zuckerfabriken getreten. Diese privatkapitalistische Zuckerwirtschaftsstelle verteilt aber gemäß den Befehlen des freien Handels nicht nach dem Bedürfnis, sondern nach dem Profit, d. h. sie beliefert in erster Linie Bonbon-, Schokoladen- und Süßwarenfabriken, die bei der unkontrollierbaren Preisgestaltung ihrer Produkte stets in der Lage sind, die kaufende Bevölkerung zu überbieten.

Und schließlich das Schieber-tum. Rechtsstehende Wähler jammern heute, daß sich „unlautere Elemente“ in den Zuckerhandel einschlichen hätten und daß der Zucker ins Ausland verschoben würde. Diese „unlauteren Elemente“ sind aber niemand anders als der sogenannte legitime Zuckerhandel, der natürlich kräftig mitverdient, und es zu verdienen gibt.

Es ist also genau das eingetreten, was die Sozialdemokratie von der Aufhebung der Zwangswirtschaft vorausgesagt hat:

Solange die allgemeinen Lebensverhältnisse fortbestehen, bedeutet der freie Handel grenzenlose Freiheit für Wucher- und Schieber-tum. Was vom Zucker gilt, gilt genau so von anderen notwendigen Nahrungsmitteln, von den Kartoffeln, vom Fleisch, von der Butter usw.

Das laufende Publikum kann heute sehen, daß es von den bürgerlichen Wählermachern nach allen Regeln der Kunst betrogen worden ist. Das bürgerliche Reichstagskabinett Fehrenbach,

die Folgeerscheinung des bürgerlichen Wahlerfolges von 1920, hat mit der Wiedererhebung der Zwangswirtschaft die heutigen Zustände heraufbeschworen. Und trotz der katastrophalen Folgeerscheinungen des freien Handels drohen die agrarischen Landbändler, daß sie jedes neue Umlageverfahren mit allen Mitteln sabotieren werden. Sie würden aber diese Drohung nicht wahrmachen können, wenn nicht noch immer Millionen Wähler aus der verbrauchenden Bevölkerung in unbegreiflicher Verblendung den Propheten des freien Handels, den bürgerlichen Parteien, so selbst den Deutschnationalen ihre Stimme geben und so selbst dazu mitwirken würden, das Mißverhältnis zwischen ihrem Einkommen und den Lebensmittelpreisen zu steigern. Wenn ein großer Teil der städtischen Wähler seiner eigenen Existenz das Grab gräbt, so darf er sich über die Folgen nicht wundern.

Radikale Politik.

Zur unsere wiederholte Anfrage, ob die Unabhängigen gegen den sächsischen Innenminister Lipinski (USP.) wegen der blutigen Vorfälle in Leipzig dieselbe Haltung einnehmen würden, wie gegen den preussischen Innenminister Severing (SPD.) wegen der Vorgänge am Berliner Rathaus, hat die „Freiheit“ nach längerem Schwanken die vorzügliche Antwort gefunden, wie mühten uns gedulden, bis die Sache im sächsischen Landtag zur Sprache käme. Zu deutsch heißt das: Wir sind in grenzenloser Verlegenheit und wissen nicht, was wir sagen sollen. Wertwüdig und unterschiedlich bleibt nur, daß die „Freiheit“ nach den Vorgängen am Berliner Rathaus nicht erst die Besprechung der Dinge im preussischen Landtag abgewartet hat, sondern sofort mit den mühesten Angriff über Severing und Richter hergefallen ist. Damit fährt sie auch in ihrer heutigen Morgenausgabe fort, während die Leipziger Vorgänge für sie mit ihrer kläglichen Verlegenheitsantwort erledigt sind. Es dürfte aber von Interesse sein, auf den Schlussatz ihres neuesten Schimpfes hinzuweisen, der lautet:

Das zeigt klar die Berbermut der Schupo, die auf Menschenjagd dressiert wird, um bei einem neuen Kapp-Putsch Herrn Severing und seinesgleichen zum Teufel zu jagen und erforderlichenfalls später auch gegen die Entente als militärische Truppe (von der „Freiheit“ gepörrt gedruckt) verwendet werden zu können.

Die letzten Worte können kaum im anderen Sinne gedeutet werden, als einer Aufforderung an die Entente, die Auflösung der Schuppopolizei zu verlangen. Unter ihrer alten Redaktion hat die „Freiheit“ den Standpunkt vertreten, daß die Reichswehr überflüssig sei und man sich zur Aufrechterhaltung der Ordnung mit der Schuppopolizei begnügen könne. Sie ist dabei wohl von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß die Reichswehr fast reiflos reaktionär verfaßt ist, während ein großer Prozentsatz der Schuppolizeibeamten den sozialistischen Parteien angehört und namentlich die Unterbeamten in ihrer großen Mehrheit republikanisch zuverlässig ist. Die neue „Freiheit“-Redaktion arbeitet umgekehrt auf die Auflösung der Schuppolizei und die Erhaltung der Reichswehr hin. Immerhin ein erheblicher „Fortschritt“ in radikaler Richtung.

Unabhängige Aufregung.

Wie wir vorausgesagt haben, suchen die Unabhängigen ihre eigene Blamoge in Braunschweig dadurch zu verschleiern, daß sie alle Schuld an der unangenehmen Gestaltung der Braunschweiger Regierungsverhältnisse der Sozialdemokratischen Partei zuschieben. Die Berliner „Freiheit“ redet sich förmlich in eine Niere gegen unsere Partei, nennt unseren Braunschweiger Genossen Rechtsanwalt Jöpper, einen feix Scherzschreiber für die Partei wirkenden erprobten Vortragsgenossen, „Jöpper-Köpper“ und behauptet, der „Vorwärts“ würde beherrscht von der Angst, bei etwaigen Neuwahlen könnte die sozialistische Mehrheit und damit die Ministerherrlichkeit verloren gehen! Sie nennt uns „merkwürdige Demokraten, die den Volkswillen nur respektieren wollen, wenn er ihnen nützt“.

Das ist natürlich ein durchaus haltloses Gerede. Der „Vorwärts“ hat sich in keiner Weise gegen eine Neuwahl ausgesprochen, die Entscheidung über diese Frage vielmehr unseren Parteigenossen in Braunschweig überlassen, die den Verhältnissen näher stehen als wir. Wogegen sich der „Vorwärts“ wandte, ist das

Löschenspieler-tumskind, das die Unabhängigen in dem Augenblick versuchten, da sie mit der Dertter-Herrlichkeit am Ende ihres Patens waren, durch die Neuwahlparade die Aufmerksamkeit von ihren eigenen Fehlern abzulenken und die Schuld daran der alten Sozialdemokratie zuzuschreiben.

Die „Freiheit“ leistet sich jetzt noch eine besondere Geschmackslosigkeit, indem sie den Fall Dertter mit dem Fall Bendiner auf eine Stufe stellt. Diese beiden Fälle sind indessen gar nicht miteinander in Verbindung zu bringen. Der „Vorwärts“ hat bereits unmittelbar nach der Gerichtsverhandlung gegen Bendiner mitgeteilt, daß sowohl wir wie unsere Leser von dem Strafverfahren vollkommen überzogen waren und daß niemand in der Partei von dem seit Jahren schwebenden Verfahren die geringste Ahnung gehabt habe. Nach Erledigung des Prozesses hat der „Vorwärts“ gegen Bendiner sofort diejenige Stellung eingenommen, die aus der Natur der Sache sich von selbst ergab. Bendiner hat darauf seinen Austritt aus der Partei erklärt. Der Bezirksvorstand hat sich mit diesem Austritt jedoch nicht begnügt, sondern nach selbständiger Untersuchung der Angelegenheit auch noch den formellen Ausschluß ausgesprochen, um die Möglichkeit eines Wiedereintritts zu verhindern.

Im Falle Dertter lagen die Dinge jedoch anders. Dertter war Ministerpräsident in Braunschweig. Gegen ihn schwebte ein Verfahren wegen Bestechung. Schon dieses Verfahren hat seine Partei veranlaßt, ihn zur Niederlegung des Ministerpostens und seines Landtagsmandats zu veranlassen. Das geschah im November n. J. Trotzdem stellten die Unabhängigen ihn für die Neuwahl wieder als Kandidaten auf, führten den Wahlkampf mit ihm gemeinsam durch und schloffen ihn erst aus — trotzdem er unmittelbar nach der Wahl wegen Bestechlichkeit zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden war —, als die sozialdemokratische Fraktion den Unabhängigen Material über weitere unsaubere Geschäfte Dertters unterbreitete. Die Beurteilung Dertters erfolgte im Januar. Jetzt aber erklären die Unabhängigen ihren eigenen Landtagsmandat für einen Renegaten und wollen lediglich deshalb, um ihn loszuwerden, die Neuwahl herbeiführen.

Ob darauf die Sozialdemokratie eingehen kann, ist keine Frage der Demokratie und des Grundgesetzes, sondern lediglich eine solche der Zweckmäßigkeit. Die aufgeregten Scheltworte, mit denen die „Freiheit“, um ihren „Radikalismus“ zu beweisen, den „Vorwärts“ beneidet, können über die klare Sachlage nicht hinwegtäuschen. Unsere Braunschweiger Genossen haben mit Dertter und den Unabhängigen vor und nach der Revolution so harte Kämpfe ausgefochten, daß sie mit gutem G. wissen und Aussicht auf Erfolg auch einen neuen Wahlkampf aufnehmen können. Aber schließlich ist die demokratische Landesverfassung nicht nur dazu da, um alle vier Monate Neuwahlen herbeizuführen, wenn eine Partei einen ihrer Abgeordneten los sein möchte. Die Unabhängigen können sich nicht beschweren, wenn unsere Genossen zu der Ueberzeugung kommen sollten, daß sie auf anderem Wege ein Funktionieren der parlamentarischen Maschine sichern könnten.

Das „Berliner Tageblatt“ teilt die Namen der gestern beim Reichstag erschienenen Parteiführer mit, es will damit besonders gut informiert erscheinen. Leider waren aber von den im „B. T.“ genannten Abgeordneten tatsächlich bloß Müller, Bels und Stresemann erschienen. Für die Deutschnationalen war z. B. nicht Hertig, sondern Hoehlich und Bestary anwesend, Crispian war da, aber nicht die im Bericht des „Tageblattes“ erwähnten Abgeordneten der USP., auch den Grafen Bernstorff hat das „Tageblatt“ zugeschrieben.

Die Auslieferung Boltrains wird durch eine Meldung der BS-Korrespondenz bestätigt. Die Verhandlung gegen Boltrain hat bereits am Dienstag in Mailand begonnen. Die Auslieferung wird wahrscheinlich zu einer großen Anstrengung der Kommunikation im Lande führen, die sich darauf stützt, daß der Auslieferungsantrag der italienischen Regierung angeblich nicht rechtzeitig, d. h. in der vorgeschriebenen Frist von 20 Tagen, sondern erst nach 23 Tagen gestellt worden sei.

Der fünfte ungarisch-russische Gefangenenaustausch ist abgeschlossen worden. Unter den Auszuführenden befindet sich auch der Journalist Paul Keri, dessen Befreiung vor kurzer Zeit eine Ueberwindung ausländischer Journalisten vom ungarischen Ministerpräsidenten in Genua gefordert hat — Das Gericht in Debreczin verurteilte zwei frühere rote Soldaten zu lebenslänglichem Gefängnis, weil sie Gegenrevolutionäre zu Gefolge gemacht haben sollen.

Die Frühjahrsausstellung der Akademie.

Die Schau, die heute mittag im Akademiegebäude am Pariser Platz eröffnet worden ist, wäre beinahe nicht zustande gekommen, weil unter den Arrangements eine Fehde ausgebrochen war. Aber schließlich hatte man sich doch geeinigt. Man schloß Frieden und ging ein Kompromiß ein. Das Resultat dieses Kompromisses haben wir jetzt vor Augen. Die Ausstellung ist, ich will nicht sagen ein Zwitterwesen, aber sie ist nichts Einheitsliches, nicht aus einem Guß, nicht von einem einheitlichen Gedanken getragen, von einem herrschenden Gefühl befeuert. Man bezeichnet es als einen Vorzug unserer republikanisch gewordenen Akademie, daß in ihr alle Richtungen und alle künstlerischen Ueberzeugungen zur Geltung kommen dürfen. Sehr schön. Aber Ritz ist keine Richtung und Unkunst keine Ueberzeugung. Es finden sich hier Werke, die mit Kunst überhaupt nichts mehr zu tun haben, obwohl ihre Verfertiger Mitglieder der Akademie sein mögen. Diese Werke herrschen zwar nicht vor, sie treten nur vereinzelt auf, aber schon dieses sporadische Auftreten würde genügen, um dem Ganzen den vornehmen Charakter zu nehmen, den eine solche Veranstaltung tragen soll. Dazu kommt ein Zweites. Man hat den Eindruck, daß hier nicht unter dem vorhandenen Guten sorgfältig das Beste ausgewählt ist, sondern daß man genommen hat, was der Zufall gerade bot. Berühmte Namen aller Richtungen sind vertreten, aber die ausgestellten Werke entsprechen nicht immer dem Ruhm ihrer Meister.

Der Präsident Liebermann ist ausgezeichnet vertreten mit einigen Landschaften (Zimmer 3 und 21) und Bildnissen (3 und 5), die in ihrem kraftvoll beherrschten Temperament reifste Meisterhaftigkeit künden. Von Slavogt ragt ein leinfarbiges Stillleben in Blau, Silber und Orange (3) hervor. Corinth zeigt 17 Skizzen zu Goethes „Faust“ (4), die als Skizzen interessant sind. Was er von abgeschlossenen Werken bringt, trägt den Stempel feiner künstlerischer Raffinesse. Von Drill ein geistreiches Roiff-Porträt (8) und eine farbig sehr delikate Leinwand „Nacht auf dem Riffloß“ (11). Dem jüngst verstorbenen Reinhold Lepsius ist eine Sonderausstellung (10) gewidmet. Einige 20 Bildnisse, in der Farbe zurückhaltend, in der Charakteristik, namentlich der Körperhaltung, von höchstem Raffinement, in flatter Wache, die aber nur in dem Porträt Stefan Georges reiflos durchgeführt ist, sonst an den Köpfen hoch macht, wo sie glatt, spitzig und ängstlich wird. Dieses wären die wichtigsten Akteure auf der Seite der älteren Richtung. Ihnen stehen als Rivalen gegenüber eine Reihe routinierter Fähigkeiten von Pannschmidt (5), Schulte v. Hofe (6), Hugo Vogel (5), Raffael Schuster-Baldan (9), Langhammer (7), Schlichting (9) bis hinab zu Georg Koch (8).

Zur Schaar der kunstrevolutionären Jugend zählt der 73jährige Christian Rohls, von dessen ungebogener Kraft ein schlichter, wichtiger, von innen heraus farbig glühender „Eis in der Wüste“ (7) Zeugnis gibt. Pechstein (1 und 5), Schmidt-Rottkuß (1), Kirchner (1) sind leidlich gut, aber keineswegs so vertreten, wie es ihrer Bedeutung entspricht. Hier hätte man bei

größerer Sorgfalt in der Auswahl wohl Bervollkertes zur Stelle schaffen können. Von Koloska fällt eine seltsame, in breiten Farblächen gehaltene „Landschaft“ (2) auf, die eine von seiner sonstigen Art gänzlich abweichende Anschauung und Technik zeigt. Sein Herrenporträt (3) steht nicht auf der Höhe seiner früheren Bildnis-kunst: technische Brauour, aber keine seelische Vertiefung. Alfred Parikel sollte sich hüten, daß seine lebensmüde Grazie nicht in spielerische Süßigkeit ausartet; „Wassertrögerin“ (4) und „Mädchen am Gartenzäun“ (5) berühren schon die Grenze des oberflächlich Dekorativen. Aus dem Kreise der Berliner Sezession ragt Klaus Richter mit zwei im Ausdruck der Hände und Köpfe tief und kraftvoll charakterisierten „Don-Quixote“-Bildern (9 und 11) hervor. Bernhard Haslers „Trinker“ und „Klagende“ (beide in Saal 1) überraschen durch die klare Rhythmis des Bildaufbaues und ein zart leuchtendes, vornehmendes Kolorit.

Unter den Plakattisten stehen Kolbe und Ernst die Fiori in erster Linie. Kolbes „Brunnenfigur“ (2) ist das Muster einer vollendeten Rundplastik, die man, in schönem Material ausgeführt, gern auf einem unserer Berliner Rasenplätze sehen würde. Fioris „Schreitende Frau“ (7), unerträglich in ihrem seelischen Gehalt, ein zu Stein gewordener Hymnus. Von Barlach ist mancherlei zu sehen, aber nichts Ueberzeugendes. Milli Steiger (7) gefällt sich leider in einer üblen Genialitätspose, während in Otto Köders „Kranlem Mädchen in der Sonne“ (7) tiefe, schlichte Empfindung ehrlich gestaltet erscheint. Mit diesen Werken schier Künstler wahllos gemischt, marschieren dann aber die Vertreter des Siegesallee-Stils auf: Walter Schott (mehreres in der 2. Halle), Ranzel mit einer Hindenburg-Büste (7) u. a. Sogar der alte ehrliche Eberlein (8) ist uns nicht erspart geblieben.

Für eine prinzipielle Erörterung der Ziele und Aufgaben unserer Akademieausstellungen fehlt es heute an Raum. Ich werde demnächst in anderem Zusammenhange darauf zurückkommen.

John Schilowski.

Kammerspiele. („Einen Zug will er sich machen.“ Posse mit Musik von Johann Neffron.) Es geht dem Zuschauer bei dieser Posse des berühmten Neffron ähnlich wie bei den meisten Ausgrabungen Altböhmischer Possen, deren Verfasser gleichfalls etwas wie Klaffkernimbus in ihrem Fach umgibt. Vergebens sucht man nach irgendeiner Art von Ausgeschlossenheit, einem Witz und einer Stimmung, in welcher sich der Abstand des bewährten mit so viel Wohlwollen bedachten Alten dem späteren Epigonen-tum offenbaren müßte. Von Wägen zu einer listergradenden humorvollen Charakteristik ist keine Rede, und das ziemlich forze Maß der Situationskomik, auf welche hier der Autor ganz ausschließlich ausgeht, wird mit einem Aufwand so gewaltsamer Verrenkungen erlaßt, wie man sie heute selbst im Possengenie schwer ertragen kann. Auch die eingestreuten Witze und Pointen, die nach am ehesten spezifisch Neffronisches Gepräge tragen, vermögen nicht darüber wegzuhelfen.

Weder der Handlungsdiener, der, vom Prinzipal plötzlich zum Affocie befördert, die Aera seines bürgerlichen Aufstiegs mit einem Zug beginnen will und vom Begehungen begleitet, zwölf Gulden in der Tasche, in Wien auf Abenteuer auszieht; noch der auf Freierrufen gehende Chef, noch dessen Schützengel, der Hausnacht mit

dem Schlagwort „Das ist klassisch“, sind wirksame Rollen oder treten doch wenigstens im Spiele nicht als solche hervor. Die Damen, das gefittete Mädel, das immer meint, „es schickt sich nicht“ und dabei alles mitmacht, die beiden leichtfertigen Freundinnen, die den Zwölfguldenmann zu einem kostspieligen Souper verführen und die elegische alte Jungfer, Fräulein Blumenblatt (Margarete Kupfer), kamen, obwohl im Texte gleichfalls nicht reichlich ausgeföhrt, statt heraus. Karl Ettinger der Regisseur, der gleichzeitig den Hausknecht mimte, hatte das Stück so weit zusammengestrichen, daß es kaum zwei Stunden dauerte. Was, wenn auch dabei in dem Gewirr der Abenteuer manches noch unverständlich erschien, gewiß kein Fehler war.

Französische Schulgeschichtsbücher. Der Gebrauch der alten Geschichtsbücher im Unterricht ist in Preußen im Dezember 1919 verboten worden, ohne daß indes andere eingeföhrt worden sind. Für die Abfassung neuer ist die Kenntnis der in außerdeutschen Schulen gebrauchten Geschichtsbücher wertvoll. Studienrat Dr. Erich Witte, der vor dem Kriege ein halbes Jahr als Austauschlehrer an einem französischen Gymnasium unterrichtete, beschäftigt sich nun in der Zeitschrift „Der Eisenstein“ mit den damals in den französischen Schulen gebrauchten Geschichtsbüchern. Er meint, diese überträfen die früher bei uns gebrauchten Schulgeschichtsbücher bei weitem an Objektivität in der Beurteilung der Kaiser und Könige. Dies erklärt sich daraus, daß in Frankreich der Geschichtsunterricht in den Dienst der Erziehung zur republikanischen Staatsform gestellt wurde. Witte nimmt ferner an den französischen Schulgeschichtsbüchern, daß darin die Bedeutung der internationalen Schiedsgerichte gewürdigt und ein europäischer Völkerverbund schon damals als erstrebenswerteres Ziel hingestellt wird. Besonders erkennt er die Objektivität an, mit der die politischen Parteien behandelt und die Theorien bedeutender Sozialisten, auch deutscher (Bebel, Auer, Bernstein), entwickelt werden. Im Schluß des Aufsatzes sagt er, er überlasse den Lesern das Urteil darüber, ob diese Art wissenschaftlicher sei oder die von Wilhelm II. durch die folgende Verfügung vom Jahre 1889 geforderte: „Die Schule muß bestrift sein, schon der Jugend die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen, sondern in Wirklichkeit unauflösbar sind und in ihren Konsequenzen dem einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind.“

Die größte Giechöfde der Welt ist die Rieseneishöhle im Tennengebirge bei Salzburg. Ihre vollständige Ausdehnung konnte bis heute noch nicht ermittelt werden. Die bisherigen Durchforschungen offen haben schon eine Gänge-länge von 25 Kilometern ergeben. Die Höhle ist nunmehr auf eine große Strecke zugänglich gemacht. Drei Stunden beansprucht die Wanderung zu den interessantesten Punkten.

Eine Schwarz-Weiß-Ausstellung der Berliner Sezession, die außer maßvollen Arbeiten auch Aquarelle, Pastelle und Bildwerke zeigt, wird am Sonnabend den 13. nachm. 2 Uhr. eröffnen. Ihr wird ein von Emil Volkmann entworfener und ausgeführter festlicher Raum einweidelt, der im wesentlichen mit Holzwerk ausgeföhrt ist.

4. Verbandstag der Bauarbeiter.

Leipzig, 9. Mai.

Am Namen der Randatprüfungscommission berichtete Schäfer (Barmen) über die Anwesenheit von 356 stimmberechtigten Delegierten und 36 sonstigen Verbandsvertretern. Unter den Delegierten befinden sich nur 18, die erst in der Nachkriegszeit dem Verband beigetreten sind. Gemäß dem Vorschlag der Prüfungscommission wurde gegen 2 Stimmen ein Mandat fassiert und der zuständige Vertreter berufen.

Am Redaktionsbericht behandelte Redakteur Otto Schwierigkeiten in der pünktlichen Zustellung des Blattes, die gesteigerten Herstellungskosten, und wandte sich dann gegen eine Anzahl kritisch zum Inhalt des Blattes sich äußernde Anträge der kommunistischen Richtung. Sieh gegen die Zellenbildung, gegen die grundlosen kommunistischen Beschimpfungen der freien Gewerkschaften und ihrer bewährten Führer zu wenden, werde Redner sich nicht nehmen lassen. Unterbliebe kommunistische Zellenbildung und der wüste Kampf durch Beschimpfungen, so werde der „Grundstein“ sich durchaus nicht gegen die kommunistische Partei an sich wenden. — Wegen Verweigerung der Aufnahme von Artikeln liefen in den letzten Jahren zwei Beschwerden gegen den „Grundstein“ ein. Der Vorstand hat in beiden Fällen der Redaktion Recht gegeben. Die durch einen Antrag geforderte Einsetzung einer Prüfungscommission hält Redner für unzulässig.

Hanke, der Vorsitzende des Verbandsausschusses, ergänzte den gedruckt vorliegenden umfangreichen Bericht des Ausschusses über die aus Mitgliedsbeiträgen erhobenen Beschwerden, deren Zahl über 100 beträgt und die in ihrer Mehrzahl Differenzen über Unterzahlungen und Proteste gegen Verbandsausschlüsse betreffen. Gegen die Entscheidungen des Ausschusses sind einige Beschwerden eingegangen, die samt etlichen Anträgen — Vorsitzender der aus dem Verband Ausgeschlossenen auf dieser Tagung zum Worte kommen und ihre Sache vertreten zu lassen —, der vom Verbandstag eingesetzten Beschwerdekommision zugewiesen wurden.

Die dann einsetzende allgemeine Debatte über die erstatteten Berichte amsetzte zunächst, auch soweit Redner der äußersten Linken in Betracht kamen, keine bemerkenswerte Schroffheit. Kritikal-München und Müller-Nordhausen redeten dem Gedanken der Versöhnlichkeit und

Nachgiebigkeit zwischen Rechts und Links das Wort. Kritikal betonte, sein Misstrauen gegen den Vorstand auszudrücken, nicht im geringsten beaupten zu wollen, daß der Vorstand sich nicht aus Status gehalten habe, aber der Verbandstag würde eine eindeutige Fassung der Statusbestimmungen beschließen, nach denen Ausschüsse vorgenommen werden können. Bischen-Söllinger, der als der zunächst bemerkenswerte Redner der Opposition in Betracht kam, ging darauf hinaus, daß die Opposition den Verband wieder zurückführen wolle auf den Boden des Klassenkampfes, auf dem er vor dem Kriege gestanden habe. Deshalb belämpfte man die, wenn auch vom Bauarbeiterverband abgelehnte, von den übrigen Gewerkschaften aber betriebene Politik der Arbeitgemeinschaft mit dem Unternehmertum und der Kompromisse im allgemeinen. Auch Engler-Beipzig sprach von der „unheilvollen reformistischen Taktik der Organisationen, überhaupt der Gewerkschaftsbürokratie“, die mit dem S.B.D. der Träger der „ausfallslosen“ Opportunitätspolitik sei. — Schäfer-Bielefeld vertrat temperamentvoll den Standpunkt, daß man, wie fast immer, so auch hier nur enttäuscht darüber sein könne, daß das

von der Opposition Vorgebrachte auf keiner hohen Warte stehe. — Im Fortgang erörtert die Diskussion nur vorübergehend größere Schärfe. Die Opposition vertritt die Forderung der Aufhebung der Ausschüsse, im übrigen aber stark den Gedanken der Ueberbrückung der Gegensätze, dem überhaupt vielfach das Wort geredet wurde. Im einzelnen spielte viel Lokales in die Diskussion hinein, wogu dann der unabhängige Reichstagsabgeordnete, Bezirksleiter Hüttemann, ausführte: der einzelne möge ruhig in einzelnen Fragen mit dem Verbandsvorstand nicht einerlei Meinung sein. Redner selber habe in manchen Punkten auch eine andere Meinung als der Vorstand; aber die Tätigkeit des Vorstandes und des Verbandes als Ganzes genommen, könne man geradezu stolz auf sie sein.

Der „Mächtigkeit“ der verschiedenartigen politischen Ueberzeugungen redete auch Hüttemann das Wort. Von diesem Boden aus müsse die Stärkung des Verbandes möglich sein. Es könne Mitglieder geben, die man unter keinen Umständen in einer Gemeinschaft mehr dulden könne, aber im allgemeinen komme man mit Ausschüssen nicht zu recht; das Riteinanderkommen müsse Sache der größeren Schulung und Erziehung sein. Redner verworft den kommunistischen Glauben, daß eine kleine Minderheit der großen Mehrheit die Befehle der Entwidlung diktieren könne.

Das leitende Prinzip bei allen Verhandlungen war, alle Politik hintanzuhalten und ausschließlich von rein sachlichen Gesichtspunkten auszugehen. Auf Grund dieser Sachlichkeit war es möglich, ein gegenseitiges Verhältnis zu schaffen, das hoffentlich in seinen Nachwirkungen dazu beitragen wird, in der Bevölkerung den Geist der Versöhnlichkeit zu schaffen, nach dem wir streben müssen. Man darf sich nicht durch alle möglichen agitatorischen Artikel verleiten lassen zu glauben, daß für die Entwidlung dieses Besten keine Basis besteht.

Eine decartige Grundlage ist vorhanden. Es ist unsere Aufgabe, ohne Rücksicht auf Angriffe, darauf hinzuwirken, die Grundlage so tragfähig wie möglich zu machen. Daß Dänemark als Land mit aggressiven Plänen darzustellen wird, ja, daß ihm sogar unterstellt wird, es hätte heimliche Abkommen mit fremden Ländern abgeschlossen und ergreife in Uebereinstimmung damit gewisse militärische Maßnahmen, u. a. die Bemühen der deutschen Befestigungsanlagen in Südjütland, kann ja hier im Lande nur Lächeln hervorrufen, ebenso wie auch diese Gerüchte nach Verdienst in Berlin behandelt werden. Ich glaube sagen zu dürfen, daß

ein gutes und freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Regierungen besteht, nur muß das Gleiche auch mehr und mehr zwischen den beiden Bevölkerungen Wirklichkeit werden. Sollte dies geschehen, so hätten diese Verhandlungen außer der Ordnung der praktischen Verhältnisse auch in einem weiteren Verstande Ruhe gestiftet.

Die Aufgabe bestand darin, die durch die Grenzverschiebung entstandenen ungünstigen Verhältnisse zu beseitigen und in weitestem Umfange darauf hinzuwirken, daß die Grenze nicht mit einer unnötigen Härte auf die hergebrachten Rechte der Bewohner einwirke. Nur dadurch war zu hoffen, daß die Gemüter sich beruhigen und das ist doch wohl das Ziel, dem wir alle, trotz entgegengesetzter Auffassung, zustreben. Betrachtet man nun das Ergebnis der ersten Verhandlungen, wie es in diesen 18 Uebereinkommen vorliegt, so scheint mir, daß es im großen und ganzen als zufriedenstellend zu bezeichnen ist.

Ein gutes und freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Regierungen besteht, nur muß das Gleiche auch mehr und mehr zwischen den beiden Bevölkerungen Wirklichkeit werden. Sollte dies geschehen, so hätten diese Verhandlungen außer der Ordnung der praktischen Verhältnisse auch in einem weiteren Verstande Ruhe gestiftet.

Parkraub in Berlin.

Die Berliner grünen Dofen, die den Blick des abgekehrten Großstadtmenschen noch für einen Augenblick erquickten, drohen immer mehr und mehr aus dem Bilde der Stadt zu verschwinden. Gegenüber der Gedächtniskirche am Kurfürstendamm ist die Errichtung eines großen Hotel- und Bureauhauses geplant und auf das den Söhnen des Prinzen Albrecht und Preußen zehnjährige Parkstück in der Ecke der Königgrüßer und Anhalterstraße hat ein Konsortium von Kapitalisten im Auftrage der Deutschen Werte in Spandau nunmehr auch die Hand gelegt, um dort ein Verwaltungsgebäude und ein Kiefigeschäftshaus von 10 Stockwerken zu errichten.

Im Interesse der arbeitenden Bevölkerung Berlins ist diese Bebauung auf des lebhafteste zu bebauern. Die länglichen freien Plätze und wenigen grünen Flecke, die Berlin noch besitzt, sind für die Gesundheit und Reinerhaltung der Luft unbedingt notwendig und heute doppelt notwendig, wo gerade die arbeitende Bevölkerung in Wohnungen zusammengedrängt wird, denen oft die hygienischen Voraussetzungen fehlen. Berlin will Spielplätze am Rande der Stadt anlegen, zu deren Benutzung den Luft und Bewegung Suchenden wohl oft das Fehrgeld fehlen wird. Wäre es da nicht erst einmal notwendig, daß darauf gesehen würde, daß die wenigen freien Plätze innerhalb der Stadt erhalten bleiben? Die nächste Umgebung Berlins wird in nahezu erschreckendem Maße abgeholt, ein Raubbau, der sich im Hinblick auf die Gesundheit der an die Großstadt gebundenen Bevölkerung schwer rächen wird. Und wenn innerhalb der Stadt die Bebauung so weiter geht, dann wird es nicht mehr lange dauern, bis auch Teile des Tiergartens den großen und kleinen Volksträgern zum Opfer fallen.

Es gibt außerhalb des Zentrums Berlins Plätze genug, die ohne Schäden bebaut werden können. Gerade den Deutschen Werken steht in Spandau genug Ausdehnungsraum zur Verfügung. Die grünen Plätze und Parks in Berlin selbst sind für die Gesundheit der Bevölkerung unbedingt notwendig und daher moralisches Eigentum der Allgemeinheit. Die Stadt sollte sie pflegen und schütten und nicht zulassen, daß sie bebaut und vernichtet werden.

Eine Kundgebung für die Erhaltung der Pflücker.

deren landschaftlich reizvoller Bestbestand durch private Einkäufe und Verkäufe stark bedroht ist, fand auf Veranlassung der „Brandenburgia“, Gesellschaft für Märkische Heimatschutz, auf den Pflückerbergen selbst statt. Zahlreiche Teilnehmer aus Berlin und den benachbarten Ortschaften Friedrichshagen, Copenick, Rahnsdorf und Wilhelmshagen gaben der verdienstvollen Veranstaltung des Gesprächs einer Volksbewegung. Mehrere Redner der „Brandenburgia“ beleuchteten von den verschiedenen Standpunkten der Wissenschaft, des Heimatschutzes, der Volksgesundheit und des Unterrichts die Notwendigkeit, ein so wertvolles Landschaftsbild wie den Dünenkamm der Pflücker mit ihrem schönen Waldbestand zu erhalten. Eine hübsche künstlerische Note brachten Regitationen und ein Hans-Sachs-Spiel der Friedrichshagener Gymnasialisten in die eindrucksvolle Kundgebung.

Sozialrentnerfürsorge.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung noch in später Stunde die Magistratsvorlage genehmigt, die zur Durchführung einer besonderen Fürsorge für die Sozialrentner nach Maßgabe des Reichsgesetzes vom 7. Dezember 1921 die Herabgabe von 18 Millionen Mark beantragte. Die 18 Millionen decken mit rund 11 Millionen das auf die Gemeinde entfallende Fünftel der gesamten für diese Fürsorgeanforderungen über 55 Millionen Mark Unterstützungsbeträge, von denen vier Fünftel das Reich übernimmt, und mit 2 Millionen die entstehenden Verwaltungskosten. Der Magistrat schätzt, daß in Groß-Berlin unterstützt werden müssen 45 000 Invaliden- und Altersrentner, die eine Unterstützung von monatlich je 130 M. erhalten sollen, und 35 000 Witwen und Waisen, bei denen die Unterstützung im Durchschnitt monatlich 70 M. betragen wird. Die Beträge sind nach den gesetzlichen Bestimmungen vom 1. Oktober 1921 ab nachzuzahlen, so daß für das inzwischen am 31. März abgelaufene Rechnungsjahr sechs Monate in Frage kommen. Aus diesen sechs Monaten sind im ganzen zu zahlen für die Alters- und Invalidenrenten 40 1/2 Millionen Mark, für die Witwen und Waisen annähernd 14 1/2 Millionen Mark. Inzwischen sind freilich die Preise des gesamten Lebensbedarfs so außerordentlich gestiegen, daß den Unterstützungsberechtigten jetzt mit den ihnen ausbezahlten Beträgen bei weitem nicht mehr so geholfen wird, wie es noch vor einigen Monaten möglich gewesen wäre.

Ein Dokumentenfälscher.

„Politik“ als Geschäft. Einen politischen Schöpfung hat die Abteilung IA des Berliner Polizeipräsidiums in der Person eines Erich Anspach dingfest gemacht. Es handelt sich, wie die Polizei mitteilt, um einen Verbrecher von höchster Gemeingefährlichkeit, der u. a. gefälschte Dokumente an die Entente verkauft hat. Vor etwa sechs Wochen erregte die Entdeckung einer Massenfälschung von Reisezeugnissen erhebliches Aufsehen. Der Schwindel spielte besonders in Breslau, einer der Hauptbeteiligte aber war ein zunächst unbekannter angeblicher Mademiter, dessen Spur nach Berlin führte. Hier wurde er ermittelt als ein 34 Jahre alter Erich Anspach, der der Kriminalpolizei als Plandisheimfälscher bereits bekannt war. Nach langen Beobachtungen gelang es, Anspach zu fassen, als er eines Tages in einem Versteckungsbureau Material abholte. Zugleich wurde ein Mann aufgegriffen, den Anspach nach der Alsenstraße geschickt hatte, um für ihn ein Paket abzuholen. Der Inhalt dieses Paketes gab Anhaltspunkte zur Aufdeckung des ganzen Treibens des Fälschers, das ohne Zweifel die Öffentlichkeit noch erheblich beschäftigen wird. Anspach stammt aus Hamme bei Bochum und ist der jüngste von zwei Söhnen eines ehemaligen Worrers. Im Kriege wurde er verwundet. Während eines fast zweijährigen Aufenthaltes in hannoverschen Lazaretten (wobei er mehrere Anschläge, die auf Umwegen auch zur Kenntnis des Kultusministers kamen. Sie verschafften ihm die Erlaubnis, ohne Abiturientenzeugnis auf der Universität Göttingen an den Kursen für Kriegsschädigte teilzunehmen. Er soll auch hier schriftstellerische Begabung gezeigt haben. In der Göttinger Zeit kam Anspach mit Kommunisten in Verbindung und beteiligte sich auch an der Verbreitung antimilitaristischer Flugblätter. Das brachte ihn nach einem vergeblichen Fluchtversuch wegen Landesverrats in die Hände der Strafbehörden. Zur Untersuchung seines Geisteszustandes war er dann eine zeitlang in der Irrenanstalt zu Hildesheim. Nach der Revolution von seiner Mutter nach Göttingen zurückgeführt, suchte er sich durch literarische Tätigkeiten durchzuschlagen. Eine Schwester Anspachs ist mit einem Finnen verheiratet, der bei der hiesigen finnischen Gesandtschaft in der Wentzstraße angestellt ist. Diesen Umstand wußte er auszunutzen. Bei seinem Schwager, der im Gesandtschaftsgebäude wohnt, übte er sich vor der Polizei sicher und hier führte er heimlich die Fälschungen aus, die in der Hauptphase auf politischem Gebiet lagen. Hierüber wird noch mehr zu folgen sein. Der Verhaftete besaß u. a. Papieren auch Bordrude von Reisezeugnissen des Hohenzollern-Gymnasiums in Schöneberg, Göttinger Abiturientenzeugnisse, die z. T. schon gefestelt waren, auch Ernennungen der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität und nebenbei auch die Notverfassung der Deutschen Studentenschaft vom 20. Januar d. J. Während er diesen jungen Leuten im Deutschen Reich zum Einjährigen- und Abiturientenzeugnis verhilft hat, will er selbst seinen Doktorhut, den Doktor juris, von der

höchswissenschaftlichen Universität in Rosen haben. Eignor Kopp, mit dem er durch einen von dessen Angehörigen in Verbindung getommene sein will, soll ihm diesen im November oder Dezember 1919 beigegeben haben.

Ein neuer Wochenmarkt am Bahnhof Großgörschkestraße

Der Hauptwochenmarkt des Bezirks Schöneberg auf dem Winterfeldtplatz ist schon seit längerer Zeit derart überlästet, daß er auf die angrenzenden Straßen ausgedehnt werden mußte. Auch die allgemeine Teuerung hat in Schöneberg das Bedürfnis nach einem neuen Wochenmarkt verstärkt. Dieser soll am Wannseebahnhof Großgörschkestraße errichtet werden. Der neue Wochenmarkt wird an denselben Tagen wie auf dem Winterfeldtplatz, Mittwochs und Sonnabends, abgehalten werden. Das Volkspreispräsidium hat sich bereits mit der Eröffnung des neuen Marktes einverstanden erklärt. An Marktstandsgebühren soll der erhöhte Satz von 80 Pf. je Quadratmeter erhoben werden.

Das Urteil im Prozeß Frenberg. Gestern abend wurde im Prozeß betr. Frenberg bei dem Obersten v. Frenberg das Urteil gesprochen. Der Hauptangeklagte Braun wurde zu 7 Monaten Gefängnis, der Gastwirt Thielert, der eine doppelte Fälschung vorgenommen hatte und die Rolle des Kriminalkommissars spielte, zu 5 Monaten verurteilt. Die Angeklagten Bornemann und Bullian erhielten 3 Monate mit 3 Jahren Bewährungsfrist, der Angeklagte Eichler 1 Monat Gefängnis. Allen Verurteilten wurde die Untersuchungshaft angedroht.

Gegen die Schulgebührensatzung haben die Stadtverordnetenfraktionen der drei Linksparteien, wie wir am Dienstag schon in der Morgenausgabe meldeten, einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, um den Magistrat zu einer unverzüglichen Regelung im Sinne der gegebenen Zusagen zu veranlassen. Die Dringlichkeit dieses Antrags, den die bürgerlichen Parteien durch die von ihnen im Ausschuss beschlossene Verdrängung nötig gemacht haben, wurde in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung von bürgerlicher Seite bestritten, so daß der Geschäftsordnungsrat auf die nächste Tagesordnung kommt, aber dann wahrscheinlich noch viele Wochen auf Erledigung warten muß.

Der Bericht über die Stadterneuerung in der heutigen Morgenausgabe läßt infolge eines Druckfehlers die Deutschnationalen nach einer Forderung mit den Demokraten härten. Nicht Demokraten, sondern Demonstranten sind gemeint.

Elternbeiträge des 4. Kreises. 27., 29. und 30. Abteilung Donnerstags, den 11. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Pappelallee 40/41, wichtige Versammlung aller parteigenösslichen und auf dem Boden der weltlichen Einheitschule stehenden Eltern, deren Kinder nachfolgende Schulen besuchen: 286. und 298. Gemeindefchule, Scherensbergstr. 7, 99. und 310. Gemeindefchule, Dunderstr. 64, 74. und 79. Gemeindefchule, Pappelallee 30/31, 291. und 298. Gemeindefchule, Pappelallee 40/41, 17. Gemeindefchule, Stargarder Str. 9, 302. Gemeindefchule, Seefischersstr. 4. Erscheinen aller Eltern ist Pflicht.

Der Raubüberfall im D-Zug Münden-Berlin, über den wir in Morgenblatt berichteten, hat reichsame Sühne gefunden. Die Räuber, die aus dem Fenster des fahrenden Zuges sprangen, sind in Markredwitz festgenommen worden. Es handelt sich um zwei junge Burschen im Alter von 22-24 Jahren.

Die Expedition zur Bergung der Lusitania und einer Anzahl anderer Schiffe, die im Laufe der letzten Jahre gesunken sind, geht am 25. Mai von Philadelphia ab. Der Dampfer Blafelen ist für die Zwecke der zur Bergung der Lusitania gegründeten Gesellschaft gechartert worden. Hier wird nicht angenommen, daß der Bergung der Lusitania große Schwierigkeiten entgegenstehen, da ihre Lage genau bekannt ist.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild und veränderlich, überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern und häufigen westlichen bis nordwestlichen Winden.

Gewinn-Auszug

19. Preuß.-Südd. (245. Preuß.) Klassen-Lotterie
3. Klasse. 23. Ziehungstag. 9. Mai 1922

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-headers like 'Zu der Ermittlung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:' and 'Zu der Ermittlung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:'.

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-headers like 'Zu der Ermittlung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:' and 'Zu der Ermittlung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:'.

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind auf dem Zettel zu ersehen, die bei den Klassen-Lotterie-Einnahmen zur unentgeltlichen Verfügung ausliegen.

